

PARLAMENT

Großeinsatz für Jobvermittler

Auf einen Großeinsatz im Deutschen Bundestag bereitet sich die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit vor: Die geplante Neuwahl werde bis zu 4200 der Parlamentsbeschäftigten den Job kosten. Dazu gehören nach Erhebungen der Behörde rund 2100 Mitarbeiter von Abgeordneten und Fraktionen in Berlin sowie ebenso viele Beschäftigte in den Wahlkreisbüros, deren Arbeitsverträge mit Ablauf der Legislaturperiode enden. Von ihnen wird nach Ansicht von Agenturexperten ein großer Teil einen neuen Job benötigen, weil ihre Abgeordneten nicht mehr ins Parlament kommen oder ihre Fraktionen an Stimmen einbüßen. Außerdem werden sich viele unverzüglich arbeitssuchend melden, weil sich laut einer neuen Bestimmung aus den Hartz-Reformen ansonsten ihr Leistungsanspruch mindert. Um den erwarteten Massenandrang zu kanalisieren, hat die zuständige Arbeitsagentur Berlin-Mitte bereits einen Notfallplan entworfen. Ende Juni und Anfang Juli will das Amt im Berliner Bundestag Informationsveranstaltungen durchführen. Zudem wird die Agentur im Parlament vorübergehend ein Büro eröffnen, wo sich betroffene Bundestagsbeschäftigte beraten lassen können. „Das läuft ab wie bei Massenentlassungen in einem Großkonzern“, sagt ein Agenturexperte.



Plenarsaal des Deutschen Bundestags

JUSTIZ

Neuer Anlauf

Die Landesjustizminister wollen nicht hinnehmen, dass die von ihnen im vergangenen November angekündigte „Große Justizreform“ von Experten aus Bund und Ländern in 9 Arbeitsgruppen und 13 Unterarbeitsgruppen in einigen wichtigen Punkten zerredet worden ist. Die Politik müsse jetzt über die erarbeiteten Vorschläge hinausgehen, fordert der hessische Minister Christean Wagner (CDU) vor der Konferenz der



Wagner

Justizminister der unionsgeführten Länder Mitte dieser Woche: „Wir wollen doch eine für den Bürger sichtbare und die Justiz entlastende Reform durchsetzen.“ Insbesondere bei der Verkürzung des Instanzenzuges müsse man „den Mut haben“, sich gegen Skeptiker durchzusetzen. Diese Ansicht teilen auch seine Kolleginnen in Bayern und Niedersachsen, Beate Merk (CSU) und Elisabeth Heister-Neumann (CDU), die ebenfalls nicht mit „einem Reförmchen“ (Heister-Neumann) auskommen wollen. Ur-

sprünglich war geplant, unter anderem Straf- und Zivilurteile nur noch in einer weiteren Instanz überprüfen zu lassen. Bei ihrem letzten Treffen Ende Mai haben sich die Justizstaatssekretäre jedoch nur auf eine Verkürzung des Rechtsmittelzuges im Bußgeldverfahren einigen können: Bei Beträgen bis zu 500 Euro und einem Fahrverbot bis zu einem Monat soll es nur noch eine Instanz geben.

KRIMINALITÄT

Schutzzölle hinterzogen

Eine Zunahme von Verstößen gegen die „Antidumpingzölle“ beklagen die zuständigen Behörden. Weil sich europäische Hersteller durch stetig steigende Billigst-Importe erheblich geschädigt sahen, hatte die EU ab Februar 2001 für bestimmte Produkte aus China Schutzzölle von bis zu 74,4 Prozent festgesetzt. Danach gingen die entsprechenden Einfuhren aus China drastisch zurück. Offenbar aber nur auf dem Papier: Um die Schutzzölle zu umgehen, gaben einige Importeure bei den Behörden mit Hilfe gefälschter Lieferpapiere und Rechnungen nun Vietnam, Pakistan oder Thailand als Herkunftsländer an und hinterzogen dadurch Millionenbeträge. So ermittelt die Zollfahndung Radolfzell unter anderem gegen Verantwortliche zweier baden-württembergischer Unternehmen, die mit Hilfe ihrer ausländischen Partner in großen Mengen Energiesparlampen illegal in die Bundesrepublik eingeführt haben sollen. Anfang April besuchte eine Delegation von Ermittlern aus Schweden, Holland, Deutschland und Frankreich im Auftrag der EU-Kommission die vermeintlichen Herstellerländer Pakistan und Vietnam. Dabei wurde unter anderem festgestellt, dass „Ware nach wie vor in China produziert, in Vietnam umdeklariert und dann über den Containerhafen Hamburg eingeführt wird“, sagt ein Zollfahnder.



Hamburger Containerhafen